



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Pflegepolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 74531

FAX (030) 227 – 76655

✉ elisabeth.scharfenberg@bundestag.de

Pressemitteilung

15.01.09

Konjunkturprogramm ist Sammelsurium ohne nachhaltige Lenkungswirkung

MdB Scharfenberg kritisiert: Entlastung kommt beim Bürger nicht an

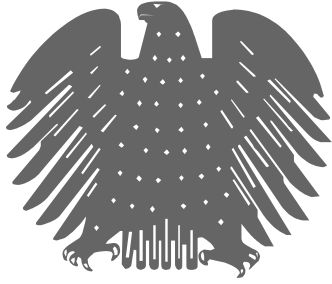
Anlässlich des zweiten Konjunkturprogramms der großen Koalition, das gestern im Deutschen Bundestag debattiert wurde, erklärt die oberfränkische Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Pflegepolitik Elisabeth Scharfenberg:

„Wer das Geld künftiger Generationen ausgibt, wie die Bundesregierung mit ihrem schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm, muss dafür sorgen, dass mit diesem Geld zumindest die richtigen Weichen gestellt werden, damit künftige Generationen direkt etwas davon haben. Für uns Grüne, so betont Elisabeth Scharfenberg, wäre das ein Investitionsprogramm für mehr Klimaschutz, Bildung und zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

In dem vorgelegten Konjunkturprogramm, das ein Volumen von 50 Milliarden Euro umfasst, ist der Anteil von 14 Milliarden Euro, den der Bund für Investitionen ausgeben will, viel zu gering. Zudem stellt sich die Frage, ob das Geld aus dem Investitionsprogramm überhaupt bei den Gemeinden ankommen. Denn aufgrund des Kooperationsverbotes als Ergebnis der Förderalismusreform I kann der Bund seine Förderprogramme für die Kommunen nur über die Länder abwickeln, ohne eine Garantie zu haben, ob und wie das Geld verwendet wird. Scharfenberg sieht hier dringenden Reformbedarf.

Zudem soll hier Geld ausgegeben werden, ohne nachhaltige Lenkungswirkung. Wenn man beispielsweise in Bildung investieren will, dann reicht es nicht aus in die Bausubstanz von Schulgebäuden zu investieren. Dann muss man mehr in Köpfe investieren, und also in mehr Lehrkräfte an Schulen, Hochschulen aber auch im Kindergarten.


Wenn man die deutsche Autoindustrie als Schlüsselindustrie fördern möchte, dann sollte diese Investition der Branche zu mehr Zukunftsfestigkeit verhelfen. Eine Abwrackprämie, die 2 500 Euro für das Abwracken eines Autos in Aussicht stellt,



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Pflegerpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 74531

 (030) 227 – 76655

 elisabeth.scharfenberg@bundestag.de

Pressemitteilung

wenn man sich ein neues kauft, die aber nicht vorgibt wie hoch der CO₂-Ausstoß dieses neuen Autos sein darf, verspielt diese Chance. Anstatt hier einen deutlichen Anreiz an die Autoindustrie zu setzen, endlich neue klimafreundliche Antriebstechniken auf den Markt zu bringen, subventioniert die Bundesregierung den Kauf klimaschädlicher Fahrzeuge.

Neben den Investitionen will die Bundesregierung für mehr Brutto vom Netto sorgen. Beispiel Krankenversicherung: Derzeit erhöhen sich die Krankenversicherungsbeiträge vieler Kassen durch die Einführung des Gesundheitsfonds um 2 Prozentpunkte. Ab Juli sollen die Beiträge durch einen Bundeszuschuss von 3 Mrd. um 0,6 Prozentpunkte sinken. Das wird allerdings beim Bürger nicht ankommen.

Anstatt mit der Gießkanne ein bisschen Steuererleichterungen zu schaffen, wäre es sinnvoller gewesen, das Arbeitslosengeld II endlich zu erhöhen, die Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich zu senken und durch eine konsequente Mindestlohnregelung dafür zu sorgen, dass niemand mehr arm trotz Arbeit ist. Dieses Geld wäre richtig ausgegeben, würde wieder in den Konsum fließen und damit konjunkturell positiv wirken. Die paar Euro mehr für alle dagegen sind eine teure Fehlinvestition, die spätere Generationen ausbaden müssen.